

Im Zeichen der Sparjamkeit

Der Reichsetat für 1931

Berlin, 4. November.

Der Reichshaushaltplan für 1931 ist heute dem Reichsrat offiziell zugeteilt worden. Er schließt, wie bekannt, im ordentlichen Haushalt mit rund 10,4 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben ab, wozu noch der außerordentliche Haushalt in Höhe von 237 773 000 RM. tritt.

Die Anleiheermächtigung zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben aus früheren Rechnungsjahren beträgt 618 Millionen, wozu für 1931 weitere 71 Millionen treten. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1930 im Wege des Kredits die Summe von 375 Millionen Mark bis zur Abdeckung des Fehlbetrages zu beschaffen. Weitere 150 Millionen Mark sollen im Wege des Kredits solange und soweit beschafft werden, wie die durch die Veräußerung der Vermögensgegenstände der Reichsbahn flüssig zu machenden Deckungsmittel noch nicht oder nicht in vollem Umfange zur Verfügung stehen. Im Haushaltsgesetz ist auch vorgesehen, daß, wie bekannt, im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden die Überweisungen an die Länder um 100 Millionen Mark gekürzt werden. Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels sind bis zu 350 Millionen Mark vorgesehen. Die für den 1. April geplante sechszehnjährige Kürzung der Beamtengehälter ist im Entwurf des Haushaltsplanes bereits berücksichtigt, so daß in allen Haushaltsplänen die Ansätze für den Personalaufwand verringert werden sind. Auch die Aufwandsentschuldigungen für die Abgeordneten sind infolge der Kürzung trotz der Vermehrung der Abgeordnetenanzahl um 300 000 Mark niedriger als im Vorjahre.

Die sachlichen Ausgaben der Haushalte des auswärtigen Amtes, des Reichsinnen- und Reichsarbeitsministeriums sind stark gekürzt worden. Besonders liegen die Dinge beim Reichsjustizministerium. Der Mehretat zeigt rund 7 Millionen Einsparungen gegenüber 1930.

Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erfordern die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung mit rund 235 Millionen infolge der Zunahme der Renten gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 18 Millionen Mark. Dagegen wird der Beitrag des Reiches für Steigerungsbeträge

der Invalidenversicherung um 7 Millionen Mark herabgesetzt, da die Zahl der in Frage kommenden Renten allmählich geringer wird. Der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe soll im Jahre 1931 ganz fortfallen. Im Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Mittel für die Krisenfürsorge mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes um 100 Millionen Mark auf 400 Millionen Mark erhöht worden.

Einer der größten Haushalte ist der für Versorgung und Ruhegehälter mit einer Gesamtausgabe von 1,65 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahre sind Kürzungen von insgesamt 104 Millionen Mark erfolgt, von denen allein 96 Millionen auf Einsparungen für Angehörige der ehemaligen Wehrmacht entfallen. 155 Millionen sind bei der neuen Wehrmacht, 63 Millionen bei der Zivilbevölkerung gespart worden. Dem stehen einige Mehransätze in Höhe von 8 Millionen gegenüber, so daß im ganzen der Haushalt eine Kürzung von 96 Millionen erfahren hat.

Der Kriegskostenhaushalt fordert für die Unterstüfung der Frontkämpfer an der Saar Grenze 5 Millionen Mark an gegenüber 7,5 Millionen im Vorjahre. Auch die Mittel für die Osthilfe werden in diesem Haushalt angefordert, und zwar sind insgesamt etwa 90 Millionen Mark vorgesehen. Als restliche Besatzungs- und Räumungskosten sind 7,4 Millionen Mark in den Haushalt eingestellt gegenüber noch 48 Millionen im Vorjahre. Andererseits werden durch die Räumung des besetzten Gebietes bei den Besatzungszulagen und anderen Maßnahmen 1,4 Millionen gespart.

Sachen im Reichshaushalt

Im Kriegskostenhaushalt werden 40 000 M für Arbeiten an der fischisch-schlesischen Grenze aufgeführt. An der deutsch-schlesischen Grenze werden auf Grund des Versailler Vertrages seit längerer Zeit Vermessungs- und Vermessungsarbeiten durchgeführt, deren Kosten je zur Hälfte von Deutschland und der Tschechoslowakei getragen werden. Von dem deutschen Kostenanteil entfällt je die Hälfte auf das Reich und das angrenzende Land Sachsen. Im Reichsbudget für 1931 werden für den Ausbau der Landesvermessung in Preußen 120 000 M. Anliegerbeiträge angesetzt. Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums für 1931 sind 98 000 M. für den Neubau des Zollamtes Bad Brambach und 80 000 M. für die Instandsetzung der Mühlberger Straße im Gutsbezirk Reithain. Im Justizhaushalt für 1931 sind 28 400 M. zur Errichtung neuer Kängelräume im Dienstgebäude des Reichsgerichts enthalten.

Türkei und Rußland

Die Reise Rjuschi Beis

Wohl selten oder eigentlich noch nie ist der Außenminister eines bürgerlichen Staates mit so betonter Herzlichkeit in Moskau empfangen worden, wie eben Tawfiq Rjuschi Beis als türkischer Außenminister. Nicht die Häufigkeit ebender oder auch nur schmeichelnder Neugierigkeiten, die schließlich auch schon Besuchern von weit geringerem Range zweckdienlich zuteil geworden sind, haben den Empfang des türkischen Außenministers aus dem Ueblichen heraus, als vielmehr die in der so baldigen Wiederholung der Gegenseitigkeitsbesuche liegende Betonung politischer Zusammengehörigkeit, die obenstehend in Neben- und Presseäußerungen zur Verbrüderung hinausgehört wurde. Festtage in Moskau sind immer überschwerlich in den Gefühlsäußerungen, und der Besuch Rjuschi Beis waren eben Moskauer Festtage.

Die sowjetrussisch-türkischen Beziehungen beruhen auf den Verträgen von 1921 und 1925 und dem Protokoll von 1929. Der sogenannte Pariser Vertrag von 1925 dürfte das Kernstück der sowjetrussisch-türkischen Vertragsabmachungen sein: Nichtangriff und Neutralität, vor allem aber die „Nichtteilnahme an irgendwelchen feindlichen Gruppierungen“ ist feierliches Gegenseitigkeitsabkommen. Keine sonstige Vertragsabmachung des Sowjetstaates mit irgendwem anderen bürgerlichen oder auch republikanischen Staatsmacht kennt eine so weitgehende Formulierung wie sie die zwischen Moskau und Ankara vereinbarte „Nichtteilnahme an irgendwelchen feindlichen Gruppierungen“ darstellt. Grundlage und Tendenz der sowjetrussisch-türkischen Freundschaft sind, wie aus dem Pariser Vertrage mit Leichtigkeit herauszulesen ist, bedingt von der Forderung beider Staaten: der weltrevolutionären des Sowjetstaates und der eines aufgewungenen „Friedensvertrages für die Türkei.“

Daß die sowjetrussisch-türkische Freundschaft ein Zweck- und keine Liebesverhältnis ist, haben mancherlei Zwischenfälle schon bewiesen. Die Fundamente des sowjetrussisch-türkischen Verbundenseins sind durchaus positiver Natur; aber selbstverständlich hat es Moskau auch nicht an faulstichigen Verpöndungen wirtschaftlicher Art fehlen lassen, um der politischen Zusammengehörigkeit die bindende Unterlage herbeizubringen. Wirtschaftlich interessiert zu geben. Der Handelsvertrag mit Moskau berechtigte jedenfalls zu den schönsten Hoffnungen, bis der türkische Kaufmann einsehen mußte, daß auch ein sehr versprechender Handelsvertrag so gut wie wertlos sein kann bei den besonderen Verhältnissen orientalischer Handelskunst. Wie der türkische, so wurde auch der türkische Kaufmann von den Sowjetmännern betrogen und damit der nachsichtsvoll-sowjetrussische Warenverkehr nahezu unterbrochen. Eine durch Jahre hindurch fast passive Handelsbilanz der Türkei gegenüber der Sowjetunion mußte nachteilig beeinflussen. Unter solchen Eindrücken machte denn auch die Türkei eine Art Viertelwendung, wenn auch derselbe nicht mehr, zu den europäischen Staaten und eine knappe Abkehrwendung zum Völkerverbund hin.

Wirtschaftlich lag Moskau selbst zu sehr in der Klemme, um irgendwie helfen zu können oder auch nur irgendwelche Zukunftsvorhersagen zu wagen. Was aber politisch getan werden mußte, ließ nicht auf sich warten. Das sogenannte Obelisker Zusammenkommen zwischen Tschitscherin und Rjuschi Beis im November 1928 war der schnell gereifte politische Entschluß wirtschaftlicher Überlegungen. Die türkischen Klagen in Dersa mögen bewußt gewesen sein; doch die Sowjetpolitiker deuteten nur so nebenbei eine generelle Umstellung der Handelsbeziehungen an; die Erneuerung des politischen Vertragswerkes mit der Türkei lag Tschitscherin weit mehr am Herzen. Mit dem selten Versprechen baldiger Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag unterzeichnete

denn auch Karahan, der stellvertretende Vizepräsident, während seines Gegenbesuches in Ankara im Dezember 1929 das politische Ergänzungsprotokoll. Und seit diesem Frühjahr endlich sind die sowjetrussisch-türkischen Handelsvertragsabmachungen im Gange, die den gegenseitigen Handelsverkehr auf eine neue und, wie man in Ankara hofft, für die Türkei einträglichere Basis stellen sollen. Rjuschi Beis Aufenthalt in Moskau und Leningrad war begleitet von einer wahren Flut von freundschaftlichen Ausstellungen; Begrüßungsartikeln und Festreden und offizielle Communiqués vor und nach der Ankunft und Abfahrt des Gastes und bei jeder nur möglichen Gelegenheit. Eine interessante Sammlung offizieller Freundschaftsbekundungen, die in mancher Hinsicht durchaus lesenswert ist.

Die innerpolitische Stetigkeit des Kemalismus war für Moskau gleichbedeutend mit einer unentwegten Orientierung der türkischen Außenpolitik. Vergleich der eigenen Entwicklung und Lage mit der Neuordnung und der außenpolitischen Lage der „bürgerlich-demokratischen“ Türkei sind durchsichtige außenpolitische Manöver der Sowjet-

Deutschland kann nicht schweigen

Nochmals Protest in Warschau?

P. T. Warschau, 3. November.

Der vor einigen Tagen erfolgte Protest der deutschen Gesandtschaft gegen die sich immer wiederholenden deutsch-polnischen Angriffe gewisser polnischer Blätter, insbesondere des „Kraukauer Kuriers“, der die deutsche Gesandtschaft in Warschau als Spionagezentrale bezeichnet hatte, wurde von der polnischen Presse zum größten Teil übergegangen. Die amtliche deutsche Botschafter war nachgerade zu einer unbedingten Resignation geworden. Während sich die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Monaten Polen gegenüber besondere Zurückhaltung auferlegte, haben führende polnische Blätter ihrer Hemmungslosigkeit und Ueberheblichkeit überhaupt keine Grenzen mehr gesetzt. Diese politische Kurzsichtigkeit wurde noch dadurch gefördert, daß die Regierung verächtliche antideutsche sogenannte Protestaktionen in Bommereken und Obersiebenbrunn offiziell unterstützte. Dadurch wurde die Atmosphäre, zumindestens soweit sie in den Ausdrucksrichtungen der polnischen Presse zum Ausdruck kommt, auf einen Grad bisher kaum dagewesener Gehässigkeit und Nervosität gebracht. Es ist kaum anzunehmen, daß der erste deutsche Protest schon genügen wird, um diese Hochflut an Erbitterung einzudämmen.

Die Kaiserkrönung in Addis Abeba

Addis Abeba, 3. November.

In einem Rahmen, der an Farbenpracht kaum zu überbieten war, wurde gestern vormittag um 7.30 Uhr Ras Tafari Nakonnen zum König der Könige und Kaiser von Aethiopien in der eigens dafür erbauten Kirche neben der Kathedrale des heiligen Georg gekrönt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, eine noch viel größere Menschenmenge wohnte außerhalb der Kirche der Krönung bei. Zahlreiche hohe Persönlichkeiten vertraten die europäischen Regierungen und Staats-

Vor den Wahlen in U. S. A.

Washington, 3. November.

Ueber das voraussichtliche Ergebnis der am Dienstag stattfindenden Neuwahlen, durch die das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats erneuert und die Gouverneure neuernannt werden, sind die türkischen Außenpolitiker in mehreren Einzelstaaten neu befragt worden. In den meisten Fällen sind nur schwer Vorurteile zu machen, da es sich diesmal nicht um die ganze Nation bewegende Fragen handelt, in denen sich die beiden großen Parteien als geschlossene feindliche Lager gegenüberstehen. Ausschlaggebend ist vielmehr die Persönlichkeit der Kandidaten und die Stellungnahme der sie unterstützenden lokalen Parteiorganisationen.

regierung, berechnet, Angora ausschließlich und innigst mit Moskau zu binden. Belangreiche um die türkische Außenpolitik kamen in Moskau auf mit der Opposition des Fetih Bei dem ganz allgemein, also nicht nur in Moskau, eine „westliche Orientierung“ nachgefragt wird. Aufgeregt legte also die Moskauer Presse los, unterstreichend die Wichtigkeit und Bedeutung der Kemalpolitik, die ein militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Kampf gegen den Imperialismus sei, versicherte dem Kemalregime die besonderen Sympathien und unentwegte Freundschaft in diesem Kampfe und witterte gegen die offen von Frankreich und England unterstützte Partei Fetih Beis. Eine „hart hand“ wurde Kemal Pascha ausdrücklich gewünscht. All diesen Moskauer Befürchtungen und entsprechenden Hoffnungen anderwärts stehen nun bereits Erklärungen Fetih Beis gegenüber, der die Außenpolitik Kemal Paschas als unantastbar und einzig und allein den nationalen Interessen der Türkei dienend charakterisiert hat. Haben nach dieser für Moskau beruhigenden Klärung doch noch Belangreiche im Kartomindell bestanden, dann hat Rjuschi Beis alles getan, um solche fortzuräumen mit dem Hinweis, daß die „türkische Außenpolitik bestimmt sei durch nationale Politik, durch Kemal Pascha und die Große Nationalversammlung“. Gleichzeitig drückte der türkische Außenminister den Wunsch aus, daß weitere Zusammenkünfte zwischen türkischen und sowjetrussischen Außenpolitikern stattfinden möchten. Sei doch der Genußausaustausch über den Kampf für Frieden und Rüstungsbeschränkungen fortlaufend notwendig.“ Seinen Freund Litwinow bald in Angora begrüßen zu können, wird Rjuschi Beis eine besondere Freude sein.

Freundschaftsbekundungen, wie sie Rjuschi Beis an Litwinow persönlich richtete, müssen als politisch verbindlich gewertet werden, wenn sie vor dem Forum der Weltöffentlichkeit mit Betonung wiederholt werden. Und Rjuschi Beis wurde anscheinend nicht müde, hin- und herüber am Schwarzem Meer die Freundschaften von Mann zu Mann und Volk zu Volk feierlich zu preisen. Was dabei noch für die übrige, die bürgerlich-europäische Welt abfiel, das stieß der türkische Außenminister gelegentlich einer Panuropa-Befragung, in den freilichigen Satz: „Die Türkei ist denjenigen Nationen besonders verbunden, die aus eigener Initiative die Heranziehung der Türkei zu panuropäischen Verständigungen aufgeworfen haben.“ Rjuschi Beis zielt mit dieser Wendung deutlich auf die Mächte, die die Türkei nach wie vor aus Europa heraus haben wollen.

O. Z.

* Als Ursache der Manbacher Katastrophe wird jetzt eine vorgefundene Benzinsicherheitslampe vermutet, deren Schutzkappe über dem Drahtfließ abgefallen war und noch nicht gefunden werden konnte. An dem Sieb sollen deutliche Zeichen vorhanden sein, daß es geplatzt hat.

* In dem sogenannten Phosgenprozess Elberfeld und Gießen gegen den Hamburger Staat hat am Dienstag die Zivilkammer ein Teilverdict gefällt, nach dem größten Teil der Kläger der geforderte Schadenersatz für die ihnen aus der Phosgenkatastrophe vom 20. Mai 1928 erwichenen Schäden zugewilligt wird. Die Kostenfrage wird durch ein Endurteil geregelt werden.

* Das Philharmonische Orchester in Brüssel brachte am Montag unter Leitung von Richard Strauß, der förmlich gefeiert wurde, einige seiner Werke in vollendeter Weise zu Gehör.

oberhaupter. Eine halbe Stunde vor Beginn der Krönungszeremonie begab sich Ras Tafari mit seinem Palast im Krönungswagen, der dem normalen Deutschen Kaiser gehört hatte, und von sechs österreichischen Faseln gezogen wurde, nach der Kirche. Diese war im Innern reich mit Teppichen behängt. Die Priester trugen prächtige Sammetgewänder und darüber Umhänge, die mit Goldstickereien geschmückt waren. Ras Tafari betrat die Kirche in einem prächtigen formelroten Gewand, das ebenfalls mit Goldstickereien verziert war. Die Krönung selbst war kurz. Nach dem Sprechen der Gebete setzte der Erzbischof der „Abuna“ die mit Zimeln besetzte Krone auf das Haupt des Kaisers. Auf die offizielle Krönungszeremonie folgte um 9 Uhr eine religiöse Zeremonie in der Kathedrale. Danach fuhr der Kaiser im Krönungswagen durch die schmückendsten Straßen und die Triumphbögen, die unter seiner persönlichen Aufsicht für die Krönungsfeier errichtet worden waren, zurück zum Palast. Er wurde von seinen zu Tausenden aus allen Teilen des Landes herbeigeströmten Untertanen begeistert begrüßt.

* Der Start des Do X konnte infolge der ungünstigen Wetterlage auch am Dienstag nicht stattfinden.

* In Frankreich haben Regen und Sturm auch am Montag den ganzen Tag andauert und viel Schaden angerichtet.

* Im Schwarzwald fällt seit Montagabend wieder Schnee. Der Feldberg meldet eine Schneedecke von 15 Zentimeter.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Wetterlage unsicher. Vorherrschend kühl mit Boden- oder Nachtfrost. Wechselnd bewölkt, zeitweise, besonders an den Gebirgen, auch Niederschlag möglich. In den höheren Lagen als Schnee oder Schneeregen. Winde aus nördlichen bis westlichen Richtungen, Flachland schwach bis mäßig, freie Gebirgslagen frisch.

Rummer 2
Da
Rede
Zwischen
der Zentrum
ten Verjam
nover neu
sen sein
regierung gel
Diapora zu
Redner seine
keit bekannt
über das aus
am stärksten
Richtlinien, u
ging. — Stär
ohne vorherz
mar sei der
partei und d
im zweiten
gehens bewie
Eieg suchen.
Daß die
ft, sei als o
neuerdings a
weiterarbeit
Ziel. Ordnung
halten habe
nicht notwen
hätten. Eine
bedeute diese
handlungen
Die Me
klar und be
Zustimmung
heit gefunden
Lebens erford
hat. Nun be
liche der Not
ausgesprochen
worden, nach
Regierung ab
Die Ar
ratungen, me
Gänge, ob z
zumachen. I
teilweise feier
liche Besonde
an diese Frag
ausgleichs ste
Gemeinden si
die bisherige
zu groß gew
zumprogramm
aussehen. —
weiter zu fü
zum Wohle d
Der bra
seine formell
gewesen sein,
Wolkensrüder
Mündlich
Ausdruck. E
und meinte, i
günftig, in ei
sfeine wirkli
des preiswert
mittel, vor a
Arbeit Schuh
gang nicht zu
Serr W
40-Stunden
für möglich,
die Realerung
nationalisten
menhinoe nid
Lehrer
gegen die Ent
Eli
Die Frag
wand Brudne
stalten, daß ei
dieser Künfti
nur die Anm
auch für die
nur wenig Ze
hand. Auch e
Sinnficht bere
auf der Bildn
sorat. Selbst
nach Madrid
den Stoff nid
hühnenmäßig
blieb aus
Wer hän
licher. Verle
und Philipp
feher eine ge
— Hoffentlich
schreider.
Wer hän
fähe zwischen
feher erlen
gungen in En
ten. Die in i
verklärte
neren Kämpfe
pole sind felt
Sinnficht müt
Der Wert
eine Titelbe
herricht und
berechnenden
Tiefe. Vielk
Die Gejd

Das Zentrum in Westsachsen

Rede Dr. Offensteins in Zwickau: Vertrauen zur Regierung und zum Staat!

Zwickau. In einer von der Kreisleitung Südwestsachsen der Zentrumspartei einberufenen, auch aus dem Kreis gutbesuchten Versammlung im Saxonia-Saal gab der im Kreis Hannover neu gewählte Reichstagsabgeordnete, Pfarrer Dr. Offenstein, einen Ueberblick über das, was die jetzige Reichsregierung geleistet hat. Ausgehend von den mit der sächsischen Diaspora zu vergleichenden Verhältnissen seiner Heimat, gab der Redner seinen Freude Ausdruck, in dem ihm aus eigener Tätigkeit bekannten sächsischen Diasporagebiet sich vor den Wählern über das auszupredigen, was besonders die katholische Diaspora am stärksten verbindet und bewegt. Es hat sich gezeigt, daß die Richtlinien, unter denen die Zentrumspartei in den Wahlkampf ging, — Stärkung der Regierung, aber auch Stärkung der Partei ohne vorherige Bindungen, — richtig waren. Im ersten Punkt zwar sei der volle Erfolg ausgeblieben, da die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei stark zusammengewachsen wurden; im zweiten Punkt habe das Ergebnis die Wichtigkeit des Vorgehens bewiesen. Zahlenmäßig könne das Zentrum einen vollen Sieg suchen.

Daß die Regierung auch nach dem 14. September geblieben ist, sei als vaterländische Tat zu werten. Wenn die Regierung neuerdings auch durch Unterstützung der Sozialdemokratie weiterarbeiten, bedeute das einen Beweis dafür, daß sie ihr Ziel, Ordnung in den Staatsfinanzen zu schaffen, im Auge behalten habe. Die Unterstützung der Sozialdemokratie wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Wähler anders gewählt hätten. Eine Gefinnungsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten bedeute diese Zusammenarbeit ebensowenig, wie etwa bei Verhandlungen von Gewerkschaften und Unternehmern.

Die Reichsregierung habe ihr Programm dem Reichstag klar und bestimmt vorgelegt und für dieses Programm die Zustimmung einer verantwortungsbewußten, beachtlichen Mehrheit gefunden, die auch die zur Verhütung des innenpolitischen Lebens erforderliche Vertagung auf den 3. Dezember gutgeheißen hat. Nun beginne die Arbeit der Ausschüsse. Das Grundgesetz der Notgesetz werde bleiben müssen. Härten sollen aber ausgeglichen werden. Der Überbrückungsbetrag sei zugesagt worden, nachdem durch die Zustimmung sich gezeigt habe, daß die Regierung das Vertrauen der Mehrheit besitzt.

Die Arbeitslosenfrage bedürfe eingehender Prüfung. Vertagungen, wegen Einführung der 40-Stunden-Woche seien im Gange, ob die Möglichkeit der Durchführung bestehe, bleibe abzuwarten. Teilweise seien die erhöhten Soziallasten entzogen, teilweise seien in technischer Hinsicht Bedenken vorhanden. Man suche besonders auch in Zentrumskreisen nach gangbaren Wegen, an diese Frage heranzukommen. — Die Regelung des Finanzangelegenheits sei berat. Man werde dazu kommen müssen, die Gemeindefür ihre Haushaltsplan verantwortlich zu machen; die bisherige Bewilligungsfähigkeit mancher Gemeinden sei zu groß gewesen. Als besonders wichtigen Punkt im Regierungsprogramm müsse man die Regelung der inneren Kaufkraft ansehen. — Die Regierung sei des vollen Vertrauens wert; es wolle zu führen, sei die Aufgabe aller pflichtbewußten Kreise, zum Wohle des deutschen Volkes und Vaterlandes.

Der bewunderte Beifall moß Herrn Dr. Offenstein Dank für seine formvollendeten, klaren Ausführungen und Beweis dafür gewesen sein, wie man in der Diaspora warm am Schicksal der Volksgenossen und des Reiches teilnimmt.

Mündlich brachte den Dank der Redner Plauens zum Ausdruck. Er nahm zur Frage des 40-Stunden-Tages Stellung und meinte, in vielen Betrieben sei ihre Durchführung nicht möglich, in einzelnen aber vielleicht möglich. Notwendig erscheine wirksame Bekämpfung der Kapitalflucht, Befestigung des preiswertenerwerbenden Zwischenhandels für Lebensmittel, vor allem aber eine starke Regierung, die auch der Arbeit Schutz gewähre; letzterer sei aus einem Plauener Vortrage nicht zu schließen.

Herr Wagner-Wendau hielt die Durchführung des 40-Stunden-Tages in ihm bekannten Betrieben ebenfalls nicht für möglich. Für die Not der Arbeitslosen dürfe man nicht die Regierung verantwortlich machen, wie das von den Nationalsozialisten getan wird, die die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht sehen wollen.

Lehrer Kretschmar-Chemnitz setzte sich für Kampf gegen die Entfittlichung des öffentlichen Lebens ein und gelobte

scharf die Methode der Zeitungen Eugenbergs, die es fertig bringen, dem Zentrum Verrat an den kulturellen Interessen der Katholiken vorwerfen, selbst aber Artikel bringen, die geeignet sind, die Entfittlichung des Volkslebens zu fördern. Herr Kretschmar empfahl ferner eine Sperre für Vergnügungsreisen ins Ausland sowie starke Geltendmachung unserer Rechte, besonders der Kolonialrechte, vor dem Völkerbund.

Ein Vertreter von Delsnig i. Ergg. versprach und wünschte kräftige Beteiligung der Jugend am politischen Leben. Im Schlußwort ging Herr Pfarrer Dr. Offenstein auf die in der Aussprache erwähnten Punkte im einzelnen ein und sagte zu, die von der Versammlung gegebenen Anregungen weitergeben zu wollen. Er schilderte noch seinen Eindruck vom Auftreten der Nationalsozialisten und Kommunisten gegenüber dem verdienten Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, Prälat, und erklärte, diese Parteien dürften nicht glauben, der katholische Volksstaat tue ihnen den Gefallen, auf Entsendung geistlicher Vertreter in den Reichstag zu verzichten, nachdem schon in vielen Punkten die Trennung von Kirche und Staat nachhaltig ausgemerkt habe. Daß der Einfluß des Zentrums nicht ausreiche auf kulturellem Gebiet, liege einzig daran, daß in dieser Frage die anderen Parteien zum großen Teil verlogen. Darum Vertrauen zur Führung der Partei, die von jeher allein die Interessen der Katholiken voll gewahrt hat und auch künftig wahren wird!

Hoffentlich wird bald überall Gelegenheit geboten, die weitere Auswirkung der Zwickauer Tagung vom 30. Oktober

innerhalb der einzelnen Ortsgruppen zu beobachten. Das würde nicht nur Herrn Dr. Offenstein, sondern auch unserer verdienten Landesleitung und ihrem Vorsitzenden der beste Lohn sein. G.

Partei-Kalender

- Dösch: 8. November (Pfarrer Kirsch, Reichenbach).
- Delsnig i. E.: 9. November (Stadt, Pösel, Zwickau).
- Wilschomerda: 16. November (Pfarrer Kirsch, Reichenbach).
- Wöbau: 17. November (Pfarrer Kirsch, Reichenbach).
- Wue i. E.: 24. November (Pfarrer Kirsch, Reichenbach).
- Wdorf i. B.: 30. November (Ob.-Ing. Vietl, Plauen).

Alle Ortsgruppen melden die Termine ihrer Versammlungen stets sofort nach Festlegung an das Sekretariat der Sächsischen Zentrumspartei, Dresden, Bollietstraße 17! Alle Ortsgruppen werden gebeten, ihre Winterprogramme baldigst festzulegen!

Delsnig i. B. Das war wieder mal eine herrliche Gemeindefestversammlung am Sonntag, 2. November! Besonders zahlreich war die Jugend erschienen; ihr hat es der jugendfrische Pfarrer Kirsch, Reichenbach, ganz besonders angetan. In ganz hervorragender Weise verstand er es, die jetzige politische Lage mit all ihren Nöten zu kennzeichnen. Eine Ortsgruppe Zentrum mit 12 Mitgliedern wurde gegründet und ersah für den Kauf der Sächsischen Volkszeitung am Sonntag erworben. Best 56 des Volksvereins gelangte zur Verteilung. Ferner wurde das diesjährige Kirchweihfest und Patrozinium am Sonntag, 9. November, besprochen. Die Frauen wurden gebeten, am Sonntag, 23. November, in Plauen zum Vortrag der Frau Ministerialrat Dr. Weber, W. b. R., baldigst anwesend zu sein. Herzlichen Dank dem H. Herrn Pfarrer Kirsch und die Bitte, recht bald wieder nach Delsnig i. B. zu kommen.

Die Wirtschaft will Sicherheit

Festigung der Grundlagen in Politik und Weltwirtschaft!

Eine Rede Dr. Luthers

Dresden, 4. November.

Am Montagvormittag fand, wie schon kurz gemeldet, im großen, mit Blumen festlich geschmückten Saal des neuen Gebäudes der Reichsbankhauptstelle Dresden die feierliche Weihe und Uebergabe des Hauses an den 1. Vorstandsvorsitzenden, Reichsbankdirektor Richter, statt. An dem Festakt nahmen neben den Vertretern der sächsischen Regierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, Oberbürgermeister Dr. Blüher, Dresden, Landeskommandant Schubert, Kreishauptmann Buch, die Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, die Präsidenten der Handels-, Handels- und Landwirtschaftskammer, die Vertreter des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers, die Vertreter der sächsischen Regierung sowie die anderen Ehrengäste. Der Redner gab sodann einen geschichtlichen Rückblick auf die mehr als 50jährige Tätigkeit der Reichsbankhauptstelle an ihrer bisherigen Wirkungsstätte, und dankte allen, die mit Kopf und Hand an dem Zustandekommen des Werkes mitgewirkt hätten. Direktor Richter schloß mit dem Gelübnis, daß die Verantwortung auch in dem neuen Gebäude zum Wohle der sächsischen Wirtschaft und des deutschen Vaterlandes im alten Geiste der Pflichterfüllung, der Zurechnlichkeit und der Treue weiterarbeiten werde. — Nach ihm ergriff Reichsbankpräsident Dr. Luther das Wort. Er führte u. a. folgendes aus:

Der Neubau wird seiner Bestimmung zu einer Zeit übergeben, in der Millionen deutscher Menschen nach Arbeit verlangen. Von überall her ertönt der Schrei nach Arbeit; die Arbeitslosenfrage in ihren verschiedenen Formen, deren Last von der Gesamtheit des Volkes getragen werden muß und daher tragbar bleiben muß, kann nur Hilfsmittel sein, aber

keine wirkliche Abhilfe schaffen. Daneben ertönen die Notrufe der Landwirte und der Gewerbetreibenden. Aus diesen und anderen Gründen materieller und geistlicher Not, die ich hier nicht erschöpfend aufzählen kann, ist es begreiflich, daß phantastische Pläne aufstehen, die durch Umformung der Geleise des bisherigen menschlichen Zusammenlebens das Schicksal zu wenden versuchen. Erfolge werden auf diesem Wege nicht beschieden sein. Nur die Vermittlung nimmt zu, und so manche Menschenseele, die beim Wiederaufbau nützliche Arbeit leisten könnte, wird von der Wirklichkeit und den Möglichkeiten, die sich dem deutschen Volke auch heute noch bieten, abgelenkt. Längst hat die deutsche Wirtschaft sich darauf eingerichtet, daß es beim Aufstieg nach dieser Krise wohl kaum Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung geben wird, sondern wir müssen bereit sein, in mühsamer Arbeit Stein an Stein zu fügen, damit das deutsche Staats- und Wirtschaftsgebäude wieder wohnlich wird für die Gesamtheit unseres Volkes.

Sachsens Wille zum Reich befindet sich nicht zuletzt in der besonders fördernden Mitarbeit, die aus der sächsischen staatlichen Einstellung und der Sachkunde hervorragender Persönlichkeiten dem großen Problem der Reichsreform zuteil geworden ist. Auch an dieser Stelle möchte ich ausprechen, daß das große innere Reformwerk, das auszuführen Deutschland jetzt im Begriff ist und dessen wir so dringend bedürfen, seine Vollendung nur in einer mutigen Reichsreform finden kann. Dieser Reichsreform bedürfen wir nicht nur, weil jede durchgreifende Finanzreform und andere sachliche Reformmaßnahmen mit ihr auf das engste verbunden sind; sondern wir bedürfen ihrer allgemein, weil es danach für uns leichter werden wird, durch die uns bedrückende Not hindurchzustehen und uns den Pfah unter den Böhrnen zurückzugewinnen, der der Größe, der Weisheit und dem Reich unseres Volkes gebührt. Ohne Reichsreform wird Deutschlands unheilbare

Elisabeth von England

Uraufführung im Alten Theater Leipzig.

Die Frage kann nur die sein: Ist es dem Verfasser Ferdinand Brudner gelungen, diesen vielbearbeiteten Stoff so zu gestalten, daß ein neues Gemälde dieses zwiespältigen Charakters dieser Königin zustande kommt? — Ein glatte: Nein! kann nur die Antwort sein. Wer dem Publikum unserer Zeit, die auch für die Kunst, selbst für höchstbegabte Kunst keine, aber nur wenig Zeit mehr hat, fünf Akte zumutet, der wagt allerdings. Auch ein Ferdinand Brudner hat sich in dieser Hinsicht verrecknet. Ein Bild zwar laut das andere. An Leben auf der Bühne fehlt es nicht. Für reiche Abwechslung ist gesorgt. Selbst längere Doppelpartien, gleichzeitig nach London und nach Madrid verlegt, — ganz wie im Kino — müssen helfen, den Stoff nicht noch länger als drei und eine halbe Stunde Bühnenmäßig aufzuarbeiten. Aber der durchschlagende Erfolg blieb aus.

Wer hätte sie nicht, die bösen Gegenstände in der geschichtlichen Beurteilung der handelnden Hauptpersonen: Elisabeth und Philipp von Spanien. Der Dichter als Historiker? — So sehr eine gewisse Sache man denke an unsern edlen Schiller. — Hoffentlich hält sich Brudner nicht für einen Geschichtsschreiber.

Wer hätte sie nicht diese scharfen, unverföhlischen Gegenstände zwischen dem Protestantismus und dem Katholizismus in jener ersten Zeit der Reformation und blutigen Verfolgungen in England? Auch die Jesuiten müssen wieder herhalten. Die in ihren Welt- und Lebensanschauungen erschütterter, verschlammte und leicht gewordene Gegenwart sieht diesen inneren Kämpfen zum großen Teil fremd gegenüber. Die Gegensätze sind seit jener Zeit wesentlich andere geworden. In dieser Hinsicht mutet manche Szene stark altmodisch, überaltert an. . . .

Der Verfasser verleiht sich auf Bühnenwirkung. Er hat eine Titelheldin gezeichnet, die das gesamte Szenenbild beherrscht und mit Handlung durchzieht. Aber es fehlt dieser berechnenden Geschicklichkeit das Wesentliche: die Eigenart, die Tiefe. Wohlach tritt der Trich an die Stelle des Talents.

Die Geschichte hat die Akten über die „jungfräuliche“

Königin Elisabeth längst geschlossen. Man kennt ihre sachsische Grausamkeit, mit der sie die Ketzer und Gläubigen der katholischen Kirche verfolgte. Heute ist das einst so unduldsame England das Land geworden, wo alljährlich Tausende zur katholischen Kirche zurückkehren. Was also diese alten Mähdchen, von der „sanftmütigen Unschuldlichkeit“ der katholischen Kirche immer wieder bringen? Heute hat die Menschheit ganz andere Sorgen und Kümernisse.

Der Verfasser berührt aufs neue die Frage nach der sittlichen Verwerfung des Krieges. In dieser Hinsicht findet er unsern besonderen Beifall. In einer der eindringlichsten Szenen läßt er — gleichzeitig die beiden in den Krieg ziehenden feindlichen Parteien — jede auf ihre Weise — um den Sieg beten. Eine größere Verhöhnung des Krieges ist nicht denkbar. England betet um Sieg zur Erweiterung der Größe des Landes. Philipp schreit zum Himmel um Sieg zur Wiedererlangung der Keher. Der Zuschauer ist heinen Augenblick im Zweifel, welche der beiden Parteien bei dieser überaus widerlichen Szene im seelischen Rechte liegt. Man sollte solche Einseitigkeiten und billige Mittel dramatisch gedachter Spannungen besser vermeiden. . . . An sich erkennt man aus der und jener rath vorübergehenden Szene das unüberwindbare dramatische Geschick des Autors. Auch ist ihm die Zeichnung der Doppelnatur dieser hoch politisch einseitigen Frau und des vielfach verletzten leidenschaftlichen Weibes gut gelungen. Desgleichen der treue alte Staatsmann als Vertreter der Königin. Ebenfalls die jugendlichen Verdächtigungen. Morin Brudner aber aus dem klüglichen Merkmalen nicht herauskam, das betrifft alle die Bühnenvorgänge, wo Vertreter der katholischen Weltlichkeit auftreten. Gerade auch in Leipzig gibt es mehr als einen Sachkundigen, der dem sonst so tüchtigen Dichter Siezid bei der Ausgestaltung des spanischen Hofes und der katholischen Weltlichkeit föheln geradem hilflos aus. Die widerliche auseinandergeratene Sterbeszene in Madrid würde in ihrem Bestehen absehend. Die Bühne bleibt doch noch immer ein Kunst-Institut.

Der zum Teil schon während der Aufführung einfließende Beifall galt in erster Linie dem vollendeten Spiel der Titelträgerin Lina Carsten. Sie verkörperte dieses mitunter perverse Scheusal auf dem Throne in einer gelassen und freitextlichen Weise, die nur schwer überboten gedacht werden kann.

— Alles in allem aber eine Aufbäumung alter aufsteigender Geschichte, die eine rechte Freude an dieser Tafel der Bühnenkunst nicht recht aufkommen ließ. Dr. Hugo Rabmann.

Dresdner Konzerte

Tonkünstlerverein. Der erste diesjährige Aufführung, abend war in besonders reichem Maße ausgestattet. Generalmusikdirektor Fritz Busch hatte sich liebenswürdigst die Durchführung des anspruchsvollen Programms übernommen. Aufs trefflichste unterrichteten ihn dabei erstklassige Mitarbeiter des Staatsorchesters, der Dresdener Lehrer-Gesangverein, Elsa Lieber (Sopran), Wilhelm Guittmann, Berlin (Bariton), Lotte Erben-Groll (Soubrette). Mit dieser Künstlerkraft erzielte Fritz Busch hervorragende Leistungen. Es wurden nur geringfügige Formale geboten. Die Orchesterwerke idmetten besser ab als die Gesangsnummer. Die vorläufige Suite für Kammerorchester Die Ruhe von Gonsouvi von Paul Gräner ist ein vornehm gehaltenes, prächtiges Werk. Gräner behält Phantasie und Formausgestalt an, um die alte Form mit neuem zu füllen. Dem Kammerorchester gewinnt er behagliche Wirkungen ab, damit bestehend, daß man auch ohne Barockmusik und räumliche Erregungen klänge und wirksamem harmonisieren kann. Deshalb kann man von dem Quartett für 13 Solopassanten von Adolf Busch schreiben. Auch hier reiche Bildung, meisterhafte Durcharbeitung und entscheidende Klangwirkungen. Busch freuet sich alle die anwendungsreichen Teile treffenden Charakter ab er nun einen starken Nachschub empfängnisvoll anwarte, ein humorvolles Scherzo, ein prächtiges Polka über ein Kinderspiel von Altona form. Die drei Sonaten für Violon mit Orchesterbegleitung von Hans Chemnitz-Petit sind mit großem Können gearbeitete Werke, die sich nicht ohne Erfolg behaupten den reichhaltigen Zeiten. Außerdem großmächtigen musikalischen Ausdruck abzu gewinnen. Wenn es an Präzision und Abwechslung fehlt, so liegt das hauptsächlich am Text. Die umfangreiche Sonate für dreistimmigen Männerchor, vier Solisten, Sopranstimme und Violine von Hans Sachs ist weniger apart gehalten. Die originale Instrumentalbegleitung erlaubt zwar eigenartige Klangwirkungen und der polnische Satz recht Können, aber die einzelnen Teile sind zu gleichartig. Es fehlen ein Höhe-

Debatten im Stadtparlament

Die Härten der städtischen Besoldungsordnung — Herabsetzung der Aufwandsentschädigung — Straßenbahnvergünstigung für Kriegsbeschädigte

Dresden, 8. November.

Die Sitzung begann mit den üblichen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten insofern, als der Kommunist Schrapel eine scharfe Erklärung gegen den Sozialdemokraten Franke verlas. Franke hatte behauptet, daß Schrapel die Stadtverordnetenfraktionen schmähe, um gutbezahlte Referate im Dresdener Berufsclubverein zu halten. Wie aus einem von Schrapel verlesenen Schreiben des Berufsclubvereins hervorgeht, entsprechen die Behauptungen des Stadtr. Franke den Tatsachen nicht.

Anschließend ließ die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion eine Erklärung verlesen, die sich gegen die Einführung der jetzt von der Gemeindevorstandung beschlossenen Getränksteuer richtete. Die Sozialdemokraten hatten in der Erklärung den Mut zu behaupten, daß sie überall gegen die Getränksteuer und auch gegen die Biersteuer angeheut hätten, obgleich erst Anfang Oktober der kommunalpolitische Beirat der Sozialdemokratischen Partei für Sachsen ausdrücklich erklärt hat, daß man zur Behebung der schwierigen finanziellen Verhältnisse in den Gemeinden an der Erhebung der Gemeindegetränksteuer nicht vorübergehen könne. — Demagogie muß sein!

Die Erklärung und ein dazu von den Kommunisten gestellter Antrag wurden an den Rechtsausschuß verwiesen.

Eine längere Aussprache entspann sich noch wegen der Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der Stadtverordneten um 20 Prozent, zu der die Sozialdemokraten forderten, daß auch die hochbezahlten Ratsmitglieder und Bürgermeister die gleiche Kürzung an ihren Bezügen erfahren sollten. Weiter entspann sich eine Aussprache über die Fahrpreisvergünstigungen für Kriegsbeschädigte, wobei besonders der Kommunist Neuhoff verfuhr, für die Kommunistische Partei und den von ihr geleiteten Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit Stimmungen zu machen, so daß der Stadtr. Müller (Zentr.) Verantwortungsbewußte Haltung der übrigen Kriegsbeschädigtenorganisationen in dieser Frage hinzuweisen und ihnen Anerkennung zu zollen. Da viele Redner, die zu den einzelnen Fragen Stellung nahmen, sich auch nicht die geringste Zurückhaltung anerkennen, war an eine Berücksichtigung der Tagesordnung wieder einmal nicht zu denken. Nachdem noch Stadtr. Dr. Wähl eine längere Aushkunft über die Dresdener Trinkwasserhältnisse gegeben hatte, wurde 11.15 Uhr die Sitzung geschlossen und in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten.

Sitzungsbericht.

Im Laufe der Sitzung wurden folgende wichtige Punkte behandelt: Eingabe der Wasserzweckung zu Dresden vom 24. September 1930, worin gegen die Vergebung der Wasserarbeiten an der neuen Rabiger Brücke, an eine Firma, die keine Wasserfirma ist, Einwendungen erhoben werden. Hierzu wurde einstimmig beschlossen: In Zukunft bei Vergebung von großen öffentlichen Arbeiten, bei denen berufsferme und auswärtige Unternehmer mit konkurrieren, die im Orte befindlichen wirtschaftlichen Vereinigungen der betreffenden Gewerbe vorher zu hören, Wert darauf zu legen, daß in erster Linie erwerbslose Berufsangehörige zu diesen Arbeiten herangezogen werden, und die tariflichen und gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen unbedingt zu beachten. Weiter wurde beschlossen, gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes bei der Kreishauptmannschaft Dresden, wonach der Beisatz der Stadtverordneten, den Direktor der Dr. Güntherschen Stiftung als Beauftragten des Rates nicht zuzulassen, ungescheit sei, Berufung beim Oberverwaltungsgericht zu erheben. Das Verwaltungsgericht scheidet auf die Sonderheit des Falles in seiner Entscheidung gar nicht eingegangen zu sein, besonders hat es die Umstände nicht gewürdigt, daß die Stadtverordneten Dr. Kuhfuß besonders deswegen abgelehnt haben, weil er als Beauftragter der Dr. Güntherschen Stiftung an der Regelung des Reklame- und Anschlagwesens, um das es sich damals handelte, besonders interessiert war und gewissermaßen im Wettbewerb mit anderen stand.

Hinsichtlich der Ausdehnung der Baukontrolle wurde beschlossen, die Dienstamtsprüfung für Baukontrolleure dahin zu ändern, daß die Baukontrolle auch auf sämtliche Tiefbauten ausgedehnt ist, und die tiefbauischen Arbeiten durch die städtischen Baukontrolleure mit geprüft werden. Die Stadtverordneten haben weiter erklärt, dem Rat eine Denkschrift über die Ergebnisse des Schiedsprotokolls des Landeschiedsgerichtes hinsichtlich der städtischen Besoldungsordnung aufzustellen. Der Rat hat hierzu ausgesprochen, daß das Landeschiedsgericht von den von der Kreishauptmannschaft beanstandeten 4097 Stellen insgesamt 3993 zurückgestellt hat. Hieraus ergab sich die Zurücklegung der Bezüge für 331 Ruhestandler und Beamtenhinterbliebene. Die Einsparungen aus den Schiedsprüchen beziffern sich für die Dresdener Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A.G. auf rund 110 000 RM. — für die Dresdener Straßenbahn-A.G. auf rund 810 000 RM. — im übrigen auf rund 370 000 RM., was die Summe von 790 000 RM. ausmacht. Von den 71 Schiedsprüchen des Schiedsgerichtes für Gemeindebeamtenfreistellungen (freiwilliges Schiedsgericht) wurden 28 genehmigt, 43 abgelehnt. Der Rat ist der Auffassung, daß sowohl das Ministerium des Innern als auch das Landeschiedsgericht bei der Annahme der Richtlinien vielfach den besonderen Verhältnissen in der Gemeindeverwaltung nicht genügend Rechnung getragen und unvergleichbare Stellen bei Staat und Stadt in Vergleich gebracht haben. Da aber die Entscheidungen des Landeschiedsgerichtes endgültig und bindend sind, so stehen dem Rate keine Mittel zur Verfügung, an ihnen etwas zu ändern.

Hierzu wurde ohne Aussprache mit wechselnden Mehrheiten ein Gutachten angenommen, das u. a. vom Rat fordert: den von der Rückstellung betroffenen Fürsorgeamtstellenstellern im Härtenausgleichsverfahren für ihre Person die Bezüge der Besoldungsgruppe 11a zu gewähren, die besoldungsrechtlichen Verhältnisse der Wohlfahrtspolizeibeamten, die nach abgelegter Prüfung und 25 Militär- und Polizeidienstjahren früher 400 Mark und jetzt nur 200 Mark Stellenzulage erhalten, nochmals nachzuprüfen und gegebenenfalls diesen Beamten im Härtenausgleich die Stellenzulage von 200 Mark auf 400 Mark zu erhöhen.

Die Straßenbahnfahrpreisvergünstigungen für Kriegsbeschädigte.

In der Vorlage des Rates wird hierzu ausgeführt, daß die bisherigen Ratsbestimmungen die Kriegsbeschädigten und ihre Organisationen nicht befriedigt haben. Um die bestehenden Härten auszugleichen und einer größeren Zahl von Kriegsbeschädigten als jetzt freie Fahrt zu gewähren, sind im Einvernehmen mit den Kriegsbeschädigtenorganisationen neue Richtlinien aufgestellt worden, der alle Organisationen, mit Ausnahme der kommunistischen, zugestimmt haben. Die Kommunisten beantragten hierzu Ablehnung der Ratsvorlage und Wiederherstellung der früheren Richtlinien. Diesem Antrage schlossen sich auch die Nationalsozialisten an, trotzdem Stadtr. Kirchhof erklärte, daß das Gesamt keine Möglichkeit habe, mehr Mittel zu verteilen, als ihm von den städtischen Körperschaften bewilligt werden.

Stadtr. Müller (Zentr.) betonte die Notwendigkeit, dem Gutachten zuzustimmen, da die Bestimmungen tatsächlich das darstellen, was zur Zeit überhaupt erreichbar sei. Es müsse dankbar anerkannt werden, daß die Kriegsbeschädigtenorganisationen — bis auf die kommunistische — bestrebt gewesen sind, verantwortungsbewußte Arbeit im Interesse der von ihnen vertretenen Mitglieder, aber auch im Interesse der Stadt zu leisten. Die sachliche Arbeit für die Kriegsopfer leisten wollte, müsse sich fernhalten, jede Sache zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen. Es hat den Anschein, als ob die Kommunisten mit ihrem Antrag, der bei der Finanzlage der Stadt zur Zeit leider un-durchführbar ist, für den Internationalen Bund Stimmung machen und ihn allein als den Verband hinstellen wollen, der die Interessen der Kriegsopfer vertritt. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß eine Ablehnung des Gutachtens durch die Organisationen und die Stadtverordneten die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Versorgung der Kriegsbeschädigten mit Freifahrten bringen würde. Deshalb müsse man dem Gutachten, welches gewiß keine ideale Lösung ist, zustimmen. Es müsse aber betont werden, daß die Regelung nur als Notbehelf für die Dauer der schlechten Finanzverhältnisse der Stadt anzusehen ist und daß bei Besserung der Finanzlage der Stadt auch eine bessere Regelung dieser Angelegenheit erfolgen muß.

Das Gutachten des Finanzausschusses wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Nach diesem Gutachten wird u. a. bestimmt: Kriegsblinden und deren Begleitern oder Führern monatlich 90 Freifahrten zu gewähren; allen Pflegezulagenempfängern unter und zu 100 v. H. Erwerbsbeschränkung monatlich 42 Freifahrten zu gewähren; Ehefrauen von Schwerkranken und bettlägerigen oder

von schwer körperlich behinderten Pflegezulagenempfängern monatlich 42 Freifahrten zu gewähren; den in Arbeit stehenden, zu 100 v. H. anerkannten Kriegsbeschädigten oder am Fuße oder Bein amputierten Kriegsbeschädigten, sofern sie ohne Anrechnung ihrer Rentenbezüge die Einkommensgrenzen nicht überschreiten, gegen Rückgabe abgelieferter Fahrscheine monatlich 24 Freifahrten zu gewähren.

Der Antrag, den Rat zu ersuchen, an die Stadtverordneten sofort eine Vorlage über die Errichtung eines Neubaus für die höhere Mädchenschule in Blasewitz herüberzugeben, wurde nach eingehender Begründung durch den Berichterstatter an den Verwaltungsausschuß verwiesen, nachdem Stadtr. Dr. Matthes die gegen das Schulamt erhobenen Vorwürfe, das nicht alles getan worden wäre, die ungelungenen Verhältnisse zu beseitigen und den Neubau zu fördern, zurückgewiesen hatte. Ein weiterer Antrag, den Rat zu ersuchen, die vom Wohlfahrtspolizeiamt und der Dienstleitung der Wohlfahrtspolizei geplanten Dienstzeiterhöhungen von 8 auf 12 Stunden und die unumgängliche neue Dienstzeiteinteilung unter allen Umständen zu verhindern, wurde angenommen, nachdem die von der Volkspartei geforderte Vermehrung an den Finanzauschuß abgelehnt worden war. Stadtr. Dr. Müller als Leiter der Wohlfahrtspolizei führte hierzu u. a. aus, daß bei der Wohlfahrtspolizei niemand daran denke, etwa eine zwölfstündige Dienstzeit einzuführen. Es sei eine anderweitige Dienstregelung geplant, die zugleich den Beamten zu der von ihnen gewünschten durchgehenden Dienstzeit verhelfen solle. Dabei werde es sich nicht vermeiden lassen, daß jeder Beamte aller zehn Tage einmal statt acht Stunden zwölf Stunden Dienst tun müsse. Es handele sich nun darum, ob dabei die die normale Dienstzeit überschreitenden vier Stunden als voller Dienst oder als Vereinfachungsleistung gewertet würden. Es wäre zweckmäßig, diese Frage den Verhandlungen des Rates mit der Beamtenschaft zu überlassen.

Zum Schluß der Sitzung wurde noch eine Trinitättsfeieranfrage des Stadtr. Wötter hinsichtlich der kürzlich in den Dresdener Nachrichten aufgestellten Behauptungen über das schlechte Trinkwasser in Dresden behandelt. Aus der vom Rate abgeordneten Erklärung ging hervor, daß die Behauptungen in den Dresdener Nachrichten nicht den Tatsachen entsprechen und daß das Dresdener Trinkwasser einwandfrei ist. Obiero.

Fürsorgearbeit für Taubstumme

Im Festsaal der Taubstummenschule beging am Freitagvormittag der Fürsorgeverein mit schlichter Morgenfeier den Tag seines 30jährigen Bestehens. Zahlreiche Ehrengäste, Vertreter der Taubstummenanstalt, der Kirche, Schule, von Brudervereinen usw. wohnten der Feier bei.

Der Vorsitzende, Paul Fabian, begrüßte den Vertreter des Wohlfahrts-, Arbeits- und Volksbildungsministeriums, Ministerialrat Ritzau, den Vertreter der Stadt Dresden Dr. Braumann, sowie die übrigen Vertreter, Göße und Gehrdtsen. Um der übergroßen Zahl unter den Gehrdtsen zu weichen, gründeten die städtischen Taubstummenlehrer am 30. Oktober 1906 in Dresden den Fürsorgeverein. Schon lange reichlich die Stellungen nicht mehr aus. Große und schwere Zeiten haben die 25 Jahre gebracht. Die Inflationsjahre hätten das Vermögen und die Stellungen vernichtet. Dann entrollte sich ein ausführliches Bild über die heftige Tätigkeit des Vereins und seine fürsorgende Arbeit in allen Fällen. Als Jubiläumsgabe hat der Verein 200 Mark an 23 Bedürftige verteilt. Mit dem Dank für alles edle Wohlwollen und der Bitte um weitere Unterstützung er die reichen Ausführungen. Ministerialrat Ritzau übermittelte die Glückwünsche der Ministerien und spricht seine Anerkennung aus für die wertvolle und umfassende Arbeit des Fürsorgevereins. Direktor Dr. Braumann brachte die Wünsche der Stadt Dresden und betonte die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Verein und dem Arbeits- und Fürsorgeamt.

Schulrat Gläser gedachte der Vereinsgründer, der Stürme im Vereinsleben, der verstorbenen Helfer und Helfer, die sich heute noch mit voller Kraft einsehen. Direktor Ritzau schildert die Arbeit des Vereins, der Schule und des Hilfsvereins an der Schule. Walter Gocht (Zwickau) überbringt die Glückwünsche der Zwickauer Ortsgruppe. Weitere würdevolle Worte vermittelte die Vertreter des Schwimmvereins Stern für Gehrdtsen, des Taubstummenbundes und des Vereins Sephata. Frau Limann-Delfow sprach ein Glückwünsche über die Heimunter Eina Scherer. Die abschließenden Dankesworte sprach der Vorsitzende Fabian.

Den Abend verbrachte ein wohlthätige Konzert im Festsaal. Doris Winkler ließ ihre tolle, ausdrucksvolle Mitstimme italienischen Lieder und Liedern von Schubert, Brahms, Reger und Wolf, Gewandte Unterlegung am Flügel führte Paul Aron.

Ein Tag der Unfälle

Der gestrige Montag brachte eine außergewöhnlich große Anzahl, zum Teil schwere Verkehrsunfälle. So ereignete sich gegen 11 Uhr auf dem Carolaplatz ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Personenkraftwagen. Hierbei stürzte der eine Wagen um. Eine Insassin desselben wurde leicht verletzt. Dagegen erlitt ein Insasse des anderen Wagens schwere Verletzungen und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. — Eine Dittmann- und Warburgstraße wurde in der zweiten Nachmittagsstunde eine Frau von einem Kraftwagen überfahren. Sie erlitt erhebliche Verletzungen. — Auf der Kesselsdorfer Straße Ecke Poststraße fiel gegen 2 Uhr ein Kind in eine Straßenbahn, wurde zu Boden gerissen und mehrfach verletzt. — An der Ecke Streblener und Frankfurterstraße stieß ein Motorradfahrer, vermutlich durch eigene Schuld, mit einem Personenkraftwagen zusammen und erlitt verschiedene Verletzungen. — Eine Berg- und Bernhardtstraße stieß in der zweiten Nachmittagsstunde ein Motorradfahrer mit einer Kraftfahrerin zusammen. Der Motorradfahrer trug Gesichtsverletzungen davon, auch entstand erheblicher Sachschaden. Etwa um die gleiche Zeit ereignete sich Ecke Rürnberg und Kaiser Straße ein Zusammenstoß zwischen zwei Kraftfahrern. Zwei Personen erlitten Verletzungen, eine von ihnen mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. In Al-Lodwig stieß ein Straßenbahnzug mit einem Pferdewagen zusammen. Ein Pferd wurde dabei so schwer verletzt, daß es erschoten werden mußte. Der Wagen wurde von der Feuerwehre abgeschleppt.

: Öffentliche Kundgebung für die deutsche Eigenheimbewegung.

Am heutigen Dienstag abends 8 Uhr veranstaltet die bekannte Bauparhase „Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot“, Ludwigsburg (Württemberg), in Verbindung mit mehreren Organisationen des Gewerkschaftslebens und religiösen Ständevereinigungen im Gesellschaftshaus Eldorado, Dresden A, Steinstraße 15, eine öffentliche Kundgebung für die deutsche Eigenheimbewegung, auf die wir empfehlend aufmerksam machen. In 5 1/2 Jahren hat die Bauparhase „Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot“ mit ihrer letzten Baugeldverteilung im September d. J. nunmehr 10 134 Baupartern 153 Millionen RM. zum Bau oder Erwerb von Eigenheimen bereitgestellt.

Notizen

Zu der jüngsten, vielbeachteten Rede Mussolinis macht die Römische Volkszeitung die folgenden, grundsätzlich richtigen Bemerkungen:

Die Reden Mussolinis wirken nach der rechten Seite in Deutschland hin ermutigend, anfeuernd, wie Trompetenklänge und wie die Vorankündigung des Sten des Faschismus über ganz Europa: auf der linken Seite erwecken sie Furcht, Abneigung und Unsicherheit. Indem die Leute auf der rechten Seite den römischen Diktator über Gebühr und über alle Grade loben, beleuchten sie die eigene Unfruchtbarkeit, indem die Linke Furcht zittert, vor: sie ein geringes Maß von Vertrauen in ihre Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit und schwächt sich für die erste Stunde. Wer in der Mitte steht und die Wägen hat, von hier sich nicht verdrängen zu lassen, wird in Ruhe und Sammlung auf den Ausbruch warten, zu dem die Autorität der Regierung und die Festigkeit ihrer Machtmittel auf die Probe gestellt werden. Dann handelt es sich nicht um Faschismus oder Antifaschismus, sondern um die Prüfung auf die Echtheit des Willens, das unter schweren Nöthen aufgebauete Deutschland vor dem Einbruch von Abenteuerern in seine Räume zu schützen. Es könnte sein, daß man der Regierung, die diese Probe gut besteht, aus freien Stücken Machtwortkompetenz gibt, um die sie ein Mussolini benennen würde. Einer solchen Lösung, die als deutsche Lösung des nun ewig diskutierten Problems der Macht im Staate zu betrachten wäre, würden die wirklichen Freunde des Vaterlandes zustimmen, und sie würden ihre Zustimmung nicht von einem Zeitpunkt abhängig machen, bis zu dem sie gelten soll. Der Spuk des „Faschismus“ wird dann schnell verschwinden; denn die deutschen Reichsfürer lieben nur den Faschismus, bei dem sie Diktator spielen und bei dem sie die anderen beherrschen können. An der Unfähigkeit des Deutschen, im Sinn des italienischen Faschismus zu denken, sich also einer einzelnen und gemeinsamen Disziplin unterzuordnen, leidet eine Diktatur nach fremdem Muster. Es geht auch ohne Diktatur; man sie aber notwendig werden sollte, wird sie neutral, kalt, mechanisch und ohne Schwärze oder Braunrot und ohne irgendeinen Stern auf dem Banner sein.

In Winona (Minnesota, USA) fand am 24. bis 27. September die Tagung der Verbände der deutschen Katholiken in Minnesota — der Staatsverbände der Männer- und Frauenvereine und der katholischen Unterrichtsvereine — statt und nahm einen sehr guten Verlauf. Der Staatsverband der Männervereine, eine der stärksten Stützen des Zentralvereines, beschloß, der Zentralstelle, wie üblich, eine gewisse Summe (750 Dollars) zu überweisen. Aus den Verhandlungen sei besonders der Bericht erwähnt, den Herr Dr. Schiller im Namen des Ausschusses für die Erhaltung der deutschen Sprache erstattete, und in dem er vor allem die Wichtigkeit der deutschen Sprache um ihres großen kulturellen und praktischen Wertes willen hervorhob. Erwand, der die Verhältnisse einigermassen kennt, kann sich täuschen über die Erhaltung der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Erhaltung der Kultur, in denen in einem Lande Doppelsprachigkeit ohne Notwendigkeit besteht, selten, 3/4 in der Schweiz und in den östlichen Provinzen Kanadas, in denen die verschiedenen Sprachnationalitäten geschlossen wohnen. Bei der völligen Vermischung der Völker in den Vereinigten Staaten liegen die Verhältnisse anders. Wenn man auch hier den durch die Verhältnisse gebotenen Forderungen Rechnung tragen müsse, so soll das keine schließliche Festsitzungen der deutschen Muttersprache bedeuten. Im Gegenteil, die Pflicht gebietet, dieses kostbare Erbe treu zu bewahren, die deutsche Sprache in der Familie zu pflegen und sie in den Schulen und Vereinen ein vernünftiges Maß von Achtung zu verschaffen, nachdem es die Verhältnisse erlauben. Auch soziale und praktische Erwägungen heischen die Pflege der deutschen Sprache, um möglichst allen die unerschöpflichen Schätze deutscher Kultur und deutscher wissenschaftlicher Werke zugänglich zu machen. Auf Anregung von Redakteur Hart und Dr. Chernen wurde der Zustand des Ausschusses zur Pflege der deutschen Sprache beschlossen, der, wie im Paragrafen, durch ein Preisauschreiben dieses Streben unterstützen soll.

Diese Tagung und ihre Beschlüsse sind ein neuer Beweis dafür, wie treu gerade die deutschen Katholiken an heimatlicher Art und Sprache hängen. Und damit abermals ein Gegenbeweis gegen die läppische Behauptung, daß Katholizismus „undeutsch“ und „dem deutschen Wesen abträglich“ sei!

Weißer Zähne: Chlorodont

